

abschließend an und bezeichnet die Füllung dieser Leerstelle als zentrales Forschungsdesiderat. Freilich hätte eine genauere Befassung mit Friedensforschung allein schon in Deutschland darüber aufklären können, dass hier durchaus schon mindestens wichtige Vorarbeit geleistet wurde. Erinnerung sei zudem daran, dass sich Konzepte der Sicherheit, die die Fixierung auf Staatlichkeit und Militär hinter sich lassen, gerade hier als leistungsfähig erwiesen haben – in dieser Zeitschrift neben einer Vielzahl von Arbeiten zu hier angesprochenen Themen etwa Tilman Schiels grundlegender Beitrag „Alltag und Geborgenheit“ (Nr. 32, 1988), der im Kontext einer breiteren Bielefelder Debatte entstand. Ferner sei auf die mit Problemen materieller Sicherung, aber auch physischer Unsicherheit eng verknüpften Analysen zu Ethnizitätsdynamiken verwiesen, wie sie vor allem John Lonsdale anhand von Material aus Kenya vorgelegt hat. Vor diesem Hintergrund bleibt zu wünschen, dass die Welt in nicht allzu ferner Zukunft wirklich in jenen Bereichen des *mainstream* sozialwissenschaftlicher, einschließlich historischer Debatte ankommt, die sich mit so existenziellen Fragen wie dem breiten, mit „Sicherheit“ kodierten Themenspektrum befassen.

Reinhart Kößler

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.07>

Heinrich Geiselberger (Hg.): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin: Suhrkamp 2017, 319 Seiten

Der vorliegende Band, der gleichzeitig in mehreren Sprachen erschienen ist, will viele Dinge auf einmal tun: eine kritische Zeitdiagnose formulieren, eine umfangreiche Debatte anstoßen und Auswege aus der gegenwärtigen Misere anbieten. „Wie sind wir in diese Situation geraten? Wo stehen wir in fünf, zehn oder zwanzig Jahren? Wie kann man die globale Regression stoppen oder wieder umkehren?“ (13), wird einleitend gefragt. Mit einer beeindruckenden Ansammlung prominenter Theoretiker_innen sowie effektiver Vermarktung sollen diese Fragen öffentlichkeitswirksam verhandelt werden (s. auch <http://www.diegrosseregression.de>). Zwar enthält der Band einige spannende Debatten über die Chancen und Probleme solidarischer Politik im Angesicht autoritärer und neoliberaler Regime und deren zunehmender Verquickung, die drei genannten Vorhaben scheitern jedoch größtenteils an ihrem eigenen Anspruch. Bezogen auf die Leitfragen lässt sich nach der Lektüre konstatieren, dass, *erstens*, nicht klar wird, was „diese Situation“ auszeichnet, vom allgegenwärtigen Aufstieg (rechts-)populistischer Parteien und Bewegungen einmal abgesehen. Deswegen leistet der Band, *zweitens*, prognostisch weniger als erhofft und bleibt entsprechend, *drittens*, im Ungewissen, wie diese „globale“ Regression umzukehren sein könnte.

Die einzelnen Beiträge liefern zu den Möglichkeiten einer anderen, einer progressiven Politik verschiedene Einschätzungen, die versuchen, die Regression im Rekurs auf vergangene und vorzugswürdigere Zeiten zu überwinden. Der auf dem Cover symbolisch eingelegte Rückwärtsgang erhält damit eine beinahe ironische Doppelbedeutung. Zweifelsohne steckt die „liberale Weltordnung“ in der Krise.

Doch worin besteht diese Krise? Im Vorwort werden Stichworte genannt: Terrorismus, Flucht, Austerität – sowie sich ausdehnende Räume, „in denen es keine Staatlichkeit mehr gibt“ (7). Symptome dieses Rückfalls sind Rodrigo Roa Duterte, Recep Tayyip Erdoğan, Narendra Damodardas Modi, Donald Trump, aber auch der „Brexit“. Zwar werden Modi in Indien und Duterte in den Philippinen als Beispiele herangezogen (insbesondere in den interessanten Beiträgen von *Arjun Appadurai* und *Pankaj Mishra*), die Analyse bleibt jedoch auf die OECD-Welt fokussiert. In einem einigermaßen eurozentrischen Verfahren wird ein „Verfall“ demokratischer Normen innerhalb des Clubs der Industrieländer diagnostiziert, um ihn sogleich auf den Rest der Welt zu extrapolieren. Dabei wäre doch zu fragen, ob und inwiefern wir es überhaupt mit *einer* Krise zu tun haben. Beschreibt die Wahl Duteretes den gleichen Prozess der Ent-Zivilisierung wie die Entscheidung für den Brexit, und kann diese mit den gleichen Modellen erklärt werden wie jene, etwa mit erodierender Affektkontrolle (*Oliver Nachtwey*) oder mit nihilistischer Rebellion gegen Ordnung schlechthin (*Pankaj Mishra*)? Oder haftet der Vorstellung einer liberalen Weltordnung selbst mitsamt den damit assoziierten Vorstellungen von Rationalität und Fortschritt ein pathologischer Zug an, der in der Krisendiagnose des vorliegenden Werkes reifiziert wird?

Ihre Analysen führen die meisten Autor_innen zu einer Diagnose, die *Nancy Fraser* in ihrem hellsichtigen Beitrag als die natürliche Richtung einer Entwicklung zusammenfasst, die „vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus“ führt. Am Ursprung unserer regressiven Gegenwart liegen nicht nur die materiellen Verwerfungen einer neoliberalen Reformagenda, sondern ein politisches Bündnis von globalem Finanzkapitalismus mit der emanzipativen Agenda neuer sozialer Bewegungen und dem Milieu des liberalen Kosmopolitismus, das sich den Kampf gegen ethnische oder geschlechtliche Diskriminierungsformen und für eine meritokratische Organisation der gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Fahnen geschrieben hat. Die Folge ist eine wirtschaftliche und soziale Ordnung, in der die Lebenswelten der alten Mittelklasse verheert sind und ein „progressiver Moralismus“ (83) diese Schichten auch kulturell entwertet. Die regressiven Phänomene beschreiben die Antwort derjenigen, die gegenüber einer Welt, „in der sich Universalismus und Kosmopolitismus in symbolisches und ökonomisches Kapital ummünzen ließen“ (113) – so *Eva Illouz* –, ihren Platz wieder einklagen und eben dazu eine zutiefst anti-egalitäre Politik des religiösen oder ethnischen Partikularismus befürworten. Die Diagnose führt hier zur Forderung einer Erneuerung der Linken, die glaubhaft die Interessen der Schlechtgestellten vertritt (vgl. *Robert Misik*). Nur auf diese Weise könne es gelingen, den rechtspopulistischen Einsätzen im Streit um Differenz und Gleichheit effektiv zu begegnen. Fraser ist indes eindeutig darin, dass ein solches Projekt auch bedeuten muss, den vorherrschenden Emanzipationsbegriff selbst neu zu fassen und um eine Politik des sozialen Ausgleichs zu ergänzen.

Auch *Wolfgang Streeck* attestiert einen „Kulturkampf besonderer Art“ (260), in dessen Zuge der in den Foren sozialer Medien eingeübte und an der Wahlurne zunehmend sichtbar gewordene Protest gegen die materiellen Folgeerscheinungen eines globalisierten Kapitalismus als unangemessen disqualifiziert wird. Und so

würdigt Streeck, dass die neo-protektionistischen Programmatiken von Theresa May und Donald Trump zumindest „die Politik ins Spiel zurück[holen]“ und „ihr die zu Globalisierungsverlierern gewordenen Mittel- und Unterschichten nachhaltig in Erinnerung“ bringen (270). Dass eine solche Diagnose einer doppelten Entwertung zu regressiven Kehrtwenden führen kann, demonstriert insbesondere der Beitrag von *Paul Mason*. Auch für ihn hängt eine neoliberale Formation des Sozialen notwendig mit den nationalistischen und xenophoben Einstellungen auf Seiten der Ausgeschlossenen zusammen. Nötig sei deswegen eine linke Politik, die sich einem narrativen Konflikt stellt, in dem dieser Zusammenhang seine Wirkung hat, ist doch der Erfolg des eigentlich fragilen Neoliberalismus genau der Umfang der Mittel, die aufgewendet wurden, um „Millionen von Menschen eine neue Erzählung aufzuzwingen“ (153). Dass aber auch diese andere Erzählung eine zwingende ist, führt Mason mit einer Rigorosität vor Augen, die nur als unsäglich (so auch Frieder Vogelmann in seiner Besprechung auf *Soziopolis*, <https://soziopolis.de/lesen/buecher/artikel/stichworte-zur-politischen-situation-der-zeit/>, letzter Aufruf, 1.6.2018) zu bezeichnen ist. So gehört zum Repertoire der Maßnahmen, dass „wir eine [...] Industriepolitik betreiben [müssen], die Industriearbeitsplätze in die nördliche Hemisphäre zurückbringt, gleichgültig, welche Auswirkungen dies auf das Wirtschaftswachstum in der südlichen Hemisphäre hat“ – schließlich seien die Effekte, die der propagierte „Globalisierungsstopp“ für den globalen Süden bedeutet, „eine nachrangige Frage für die Bevölkerung der Nordhalbkugel.“ (171f) „Wir“ leben in regressiven Zeiten – dies veranschaulicht der Band auf vielseitige Weise. Ebenso, dass über Auslöser, Beschreibung und Gegenstrategien Unklarheit herrscht. In den Beiträgen von Streeck und Mason hat das Rückfahrticket aus der Regression in den Container des Nationalen jedenfalls selbst eine regressive Note.

Felix Anderl, Laura Gorriahn & Johannes Haaf
<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.08>

Bettina Engels & Kristina Dietz (Hg.): *Contested Extractivism, Society and the State. Struggles over Mining and Land*. London: Palgrave-Macmillan 2017, 273 Seiten (<https://doi.org/10.1057/978-1-137-58811-1>)

In Zeiten zunehmender Kämpfe um Land, insbesondere im Kontext von Bergbauprojekten und agro-industrieller Expansion, ist der vorliegende Sammelband ein wertvoller und zeitgemäßer Beitrag in der kritischen Extraktivismus-Literatur. Die Stärke des Bandes zeigt sich zum einen in dem weiten empirischen Spektrum, welches sich nicht nur auf klassische Bergbau-Fälle in Lateinamerika beschränkt, sondern auch agrarindustrielle Beispiele sowie die Regionen Subsahara-Afrika und Südostasien einschließt. Zum anderen knüpfen die Herausgeberinnen mit ihrem konzeptionellen Schwerpunkt an aktuelle kritische raumtheoretische Debatten in der Politischen Ökologie an.

Die Kernfrage, die sich als roter Faden durch das Buch zieht, befasst sich mit den soziopolitischen Implikationen von Ressourcenkämpfen sowie, umgekehrt, mit staatlichen und gesellschaftlichen Einflüssen auf eben diese. Alle Autorinnen und